

Finanzordnung des Landesschachbunds Bremen e. V.

1 Allgemeines

1.1 Die Finanzwirtschaft des Landesschachbundes Bremen e.V. (LSB) ist sparsam zu führen.

2 Haushaltsplan und Jahresabschluss

2.1 Die Erstellung eines Haushaltsplanentwurfes obliegt dem Schatzmeister.

2.1.1 Der vom Vorstand gebilligte Entwurf ist der Mitgliederversammlung zur Genehmigung vorzulegen.

2.1.2 Der Haushaltsplan ist genehmigt, wenn er mit einfacher Stimmenmehrheit angenommen wird.

2.2 Im Haushaltsplan sind die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsjahres zu veranschlagen.

2.2.1 Die einzelnen Haushaltspositionen sind gegenseitig deckungsfähig, wenn dies im Einzelfall durch einen Beschluss des Vorstands mit einfacher Mehrheit bewilligt worden ist.

2.3 ~~Abweichungen~~ **Überschreitungen von mehr als 10 % oder mehr als 300 € bei einer Haushaltsposition** vom Haushaltsplan bedürfen eines Beschlusses des Vorstandes.

2.4 Im Jahresabschluss sind die Einnahmen und Ausgaben des Landesschachbundes nachzuweisen und die Forderungen, Schulden und das Vermögen nachrichtlich aufzuführen. Er hat außerdem eine Vermögensübersicht zu enthalten. Größere Haushaltsüberschreitungen sind zu begründen. Nach Prüfung durch die gewählten Rechnungsprüfer erstatten diese der Jahreshauptversammlung den Prüfungsbericht.

3 Haushaltsjahr

3.1 Das Haushaltsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

4 Kassenführung

4.1 Der Schatzmeister darf Haushaltsmittel nur im Rahmen des Haushaltes zur Zahlung anweisen.

~~4.1.1 Sind bestimmte Haushaltsmittel verbraucht, dürfen weitere Zahlungen durch den Schatzmeister nur mit Zustimmung des Vorstandes vorgenommen werden.~~

~~4.1.2 Im Zweifelsfalle ist bei anstehenden Haushaltsüberschreitungen die Entscheidung des Präsidenten nach Anhörung des Schatzmeisters einzuholen.~~

4.2 Der Schatzmeister hat, unterteilt nach der Hauptgliederung des Haushaltsplanes, über alle Einnahmen und Ausgaben genau Buch zu führen.

4.2.1 Alle Zahlungen müssen belegt sein.

4.2.2 Dabei sollen die Belege Hinweise auf Vorstandsbeschlüsse enthalten, wenn hierzu solche vorliegen.

5 Zahlungsverkehr

5.1 Der Bargeldbestand ist möglichst gering zu halten.

5.2 Der gesamte Zahlungsverkehr ist möglichst bargeldlos über ein bei einem Geldinstitut eingerichtetes Girokonto abzuwickeln.

5.2.1 Unterschriftsvollmacht für das Girokonto erhalten der Schatzmeister, **der 1. Vorsitzende und der 2. Vorsitzende** und ~~für dessen Vertretung der Präsident~~, jeder für sich.

6 Eingehen von Verbindlichkeiten

6.1 Ein Vorstandsmitglied darf eine Verbindlichkeit nur eingehen, wenn der Vorstand es hierzu ermächtigt hat.

6.1.1 Ausgenommen sind Verbindlichkeiten bis zu EUR 50,00 je Rechtsgeschäft oder Veranstaltung, wenn diese zur Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Geschäfts- und Turnierbetriebes zwingend erforderlich ist.

6.2 Ist es nicht möglich, rechtzeitig einen Vorstandsbeschluss zu erwirken, so genügt die Zustimmung des Schatzmeisters, des **1. Vorsitzenden oder des 2. Vorsitzenden** ~~oder des Präsidenten~~.

6.2.1 In einem solchen Falle ist vom Vorstand nachträglich zu beschließen.

7 Erstattungen

7.1 Die im **f**olgenden aufgeführten Sätze sind Höchstbeträge; sie müssen in der Abrechnung nicht ausgeschöpft werden.

~~7.2 Voraussetzungen für die Erstattung der Auslagen ist eine Deckung im Haushalt.~~

~~7.2.1 Liegt diese nicht vor, kann die Erstattung nach Entscheidung des Vorstands zu einem späteren Zeitpunkt geleistet werden.~~

7.3 Auslagen sind möglichst umgehend abzurechnen.

7.3.1 Vorschuß**ss**zahlungen werden nur in begründeten Ausnahmefällen geleistet.

7.3.2 Abrechnungen erfolgen ausschließlich aufgrund vorgelegter Belege.

7.3.3 Abrechnungen erfolgen unmittelbar gegenüber dem Schatzmeister ~~oder über die Referatsleiter~~. Die Antragsteller sind für die sachliche Richtigkeit der vorgelegten Belege verantwortlich.

7.3.4 Ausschlussstermin für die Abrechnung von Auslagen eines Geschäftsjahres ist der 15. Januar (Poststempel) des folgenden Jahres; danach geltend gemachte Auslagen werden **nicht nur in begründeten Ausnahmefällen** erstattet.

7.4 Die Kosten für Reisen in organisatorischen Verbandsangelegenheiten nach Zielen außerhalb des Gebietes des Landesschachbundes Bremen e.V. dürfen nur dann erstattet werden, wenn die Zustimmung **des 1. Vorsitzenden, des 2. Vorsitzenden oder des Schatzmeisters** ~~des Präsidenten~~ vorliegt.

7.4.1 Reisen sind grundsätzlich so sparsam wie möglich durchzuführen; das gilt insbesondere für die Dauer, das Beförderungsmittel, die Unterbringung sowie für die Nebenkosten.

7.4.2 Fahrtkosten werden in Höhe der BundesBahnkosten (2. Klasse einschließlich Zuschläge) erstattet; Ermäßigungen sind zu nutzen.

7.4.3 Bei Benutzung eines privaten PKWs werden EUR 0,22 je km erstattet, ~~für die Mitnahme weiterer Personen je EUR 0,02 pro km~~

7.4.4 Für die Benutzung anderer Verkehrsmittel wird jeweils die kostengünstigste Klasse abgerechnet.

7.4.5 Bei Tätigwerden außerhalb des Dienst- oder Wohnortes wird erstattet
Tagegeld in Höhe von EUR 24,00 bei ganztägiger Abwesenheit,
Tagegeld in Höhe von EUR 12,00 bei mehr als 14 bis 24 8 Stunden,
~~Tagegeld in Höhe von EUR 6,00 bei mehr als 8 bis 14 Stunden~~

7.4.6 Übernachtungskosten einschließlich Frühstück werden nach den belegten Ausgaben erstattet, höchstens jedoch mit EUR 90,00 pro Nacht; falls kein Beleg vorgelegt werden kann, beträgt das Pauschalübernachtungsgeld EUR 20,00.

7.4.7 Notwendige darüber hinaus gehende Kosten werden nur in besonderen Fällen erstattet; sie müssen begründet und belegt sein.

7.4.8 Bei unentgeltlich bereitgestellten Verpflegungsleistungen wird das Tagegeld gekürzt (Frühstück 20 %, Mittag und Abendbrot jeweils 40 %).

~~7.4.9 Für Reisen in diesem Rahmen entfällt das Verfahren nach Ziff. 4 der FO des LSB~~

7.5 Für die Auslagenerstattung nach den Ziff. 11.7, 12.5 und 13.7 der Satzung des Landesschachbundes Bremen gilt folgendes:

7.5.1 Telefonauslagen: ~~Für jede Gebühreneinheit werden EUR 0,15 angesetzt.~~

7.5.2 Portoauslagen: Erstattet werden normale Portogebühren. Sonderkosten (Einschreiben, Eilzustellungen u.ä.) sind zu begründen.

7.5.3 Fahrtkosten: Die Kosten für öffentliche Verkehrsmittel werden erstattet; bei Benutzung eines privaten PKWs können EUR 0,22 je KM km angesetzt werden.

7.5.4 Bei Vorstands- und Ausschusssitzungen werden Spesen nach Ziff. 7.4.5 abgegolten.

7.5.5 Ein Tagessatz von EUR 30,00 wird gewährt für die Leitung **der Offenen Bremer Einzelmeisterschaft des Meisterturniers und des Kandidatenturniers**. Ein Stundensatz von EUR 2,00 wird gewährt für die Leitung aller sonstigen Turniere des LSB. Bei Veranstaltungen mit mehr als 50 Teilnehmern können die Kosten für einen zusätzlichen Turnierleiter erstattet werden.

7.5.6 Alle sonstigen Auslagen für Büromaterial, Schreibarbeiten durch Dritte u.ä. müssen belegt und ggf. begründet sein.

7.5.7 Allgemein zu erwartende Eigenleistungen dürfen nicht berechnet werden.

7.6 Über die Auslagen nach Ziff. 7.5.1, 7.5.2 und 7.5.3 sind Aufzeichnungen zu führen.

~~7.6.1 Es genügt, wenn in der Abrechnung die Monatssumme ausgewiesen wird.~~

~~7.6.2 Auf Verlangen sind jedoch die Aufzeichnungen den Kassenprüfern für die Kassenprüfung des Geschäftsjahres vorzulegen.~~

7.6.3 Für die Auslagen nach Ziff. 7.5.1, 7.5.2 und 7.5.3 kann, abgesehen von den Auslagen bei Benutzung eines privaten PKWs für Fernfahrten, auf Antrag eine Jahrespauschale in Höhe von EUR 20,00 gezahlt werden.

~~7.7 Der Vorstand ist berechtigt, einen Telefonanschluss zu unterhalten, wenn eine Eintragung in das Telefonbuch unter dem Stichwort »Schach« mit dem Verweis »Landesschachbund Bremen e.V.« erfolgt und die Gewähr besteht, dass der Anschluss ganztägig erreichbar ist.~~

~~7.7.1 In diesem Falle werden die Betriebskosten übernommen und das Vorstandsmitglied erstattet dem Landesschachbund Bremen e.V. einen angemessenen Anteil für Privatgespräche.~~

7.8 Der Schatzmeister ist verpflichtet zu überprüfen, ob sich die Auslagen in diesem Rahmen bewegen **im Rahmen dieser Finanzordnung bewegen.**

8 Zuschüsse für Schachveranstaltungen und die Teilnahme an Veranstaltungen auf höherer Ebene.

8.1 Im Rahmen des Haushaltsplanes sind die Schachveranstaltungen des Landesschachbundes Bremen e.V. zu finanzieren.

8.2 Schachveranstaltungen der Vereine können bezuschusst werden, wenn sie allen Mitgliedern des Landesschachbundes Bremen e.V. offenstehen.

8.3 Für die Teilnahme Bremer Vertreter an Schachveranstaltungen auf höherer Ebene sind Zuschüsse zu gewähren.

8.3.1 Diese können von einer angemessenen Eigenleistung abhängig gemacht werden.

8.3.2 Für die Abrechnung von Auslagen gelten die Regelungen zu Ziffer 7 sinngemäß. **Die Startgelder werden in der Regel komplett vom Landesschachbund übernommen. Bei den Fahrtkosten muss die Eigenleistung gemäß Ziffer 8.3.1 mindestens 75 v. H. der Gesamtsumme ausmachen. Bei den Übernachtungskosten soll muss die Eigenleistung gemäß Ziffer 8.3.1 mindestens 50 v. H. der Gesamtsumme ausmachen. Fallen keine Übernachtungskosten an, verringert sich die Eigenleistung bei den Fahrtkosten auf 50 v. H. In begründeten Ausnahmefällen kann der Vorstand auf Antrag eine abweichende Regelung treffen.**

8.3.2³ Die Teilnehmer, die einen Kostenersatz beantragen, ~~haben dem Präsidenten auf Anforderung über die Veranstaltung zu berichten.~~ **haben auf Anforderung zeitnah einen Bericht über die Veranstaltung für die LSB-Homepage zu liefern.**

Begründung:

Mit Aufnahme des Amtes des Schatzmeisters für den LSB im letzten Jahr habe ich mir die Finanzordnung vorgenommen und gründlich überarbeitet. Neben einigen kleinen redaktionellen Korrekturen schlage ich folgende Änderungen vor:

Für die praktische Arbeit halte ich es für sinnvoll, dass nicht jede kleine Überschreitung eines Haushaltstitels sofort einen Vorstandsbeschluss erfordert. Daher der Vorschlag, dass nur bei mehr als 10% oder mehr als 300 € Abweichung ein Vorstandsbeschluss erforderlich ist.

Die Berechnung des Verpflegungsmehraufwandes und des Kilometergeldes (Mitnahme weiterer Personen) wurde an die aktuelle Gesetzeslage angepasst.

Die wichtigste Änderung ist eine detailliertere Regelung zu den Zuschüssen für die Teilnahme von Bremer Vertretern auf Turnieren höherer Ebene (norddeutsche oder deutsche Meisterschaften). Was bisher eher allgemein gefasst war, soll nun eine klarere Vorgabe sein, was wir fördern aber auch in welchem Rahmen wir Eigenleistungen erwarten. So wird das Startgeld im Regelfall komplett vom LSB übernommen, die Fahrt- und Übernachtungskosten müssen dagegen vom Spieler zu mindestens 75% bzw. 50% getragen werden. So entsteht aus Sicht des Vorstandes ein fairer Ausgleich der Kosten.